VR-07 (V-103)-214-4 Migrations- und Asylpolitik: Zurück zur Vernunft

Antragsteller*in: Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

Änderungsantrag zu VR-07 (V-103)

Von Zeile 214 bis 218:
~~Geltendes Recht umfasst aber eben auch, dass diejenigen, die kein Aufenthaltsrecht haben und die angebotene Chancen für einen Spurwechsel oder andere Möglichkeiten nicht nutzen, unser Land wieder verlassen müssen. Hier stehen wir auch aus ganz praktischen Gründen zur Stärkung der Rückkehrberatung und dem Vorrang der freiwilligen Ausreise.~~

Für Menschen, die sich nicht sicher sind, dauerhaft in Deutschland bleiben zu wollen und Menschen deren Bleibeperspektiven gering sind, wollen wir das Instrument der Rückkehrberatungen weiterentwickeln. Dazu gehört, dass diese Rückkehrberatungen auf tatsächlich freiwilliger Basis der betroffenen Geflüchteten stattfinden und von (trauma)pädagogisch geschultem Personal angeboten werden.

Begründung

Wir müssen geltendes Recht, welches Abschottung suggeriert, nicht explizit betonen. Hierfür haben wir Gesetzbücher, das brauchen wir nicht in Parteianträgen.

Die freiwillige Rückkehrberatung kann ein gutes Instrument sein, ist dies jedoch in der Praxis nicht immer, denn 1) gibt es Fälle, wo Ausländerbehörden Geflüchtete gegen ihren Willen zu diesen Drängen und 2) finden diese nicht unbedingt von geschultem (Fach)Personal statt. Wenn pädagogische Fachkräfte dies übernehmen, kann mit höherer Sensibilität und ohne falschen Druck die individuelle Situation besser evaluiert werden.

weitere Antragsteller*innen

Sabine Schwöbel-Lehmann (KV Darmstadt-Dieburg); Isabella Emilia Sophia Mc Nicol (KV Wetterau); Robert Wlodarczyk (KV Herzogtum Lauenburg); Cim Kartal (KV Bielefeld); Meike Gerwin (KV Gelsenkirchen); Carla Ober (KV Erlangen-Stadt); Mimont Bousroufi (KV Bonn); Angela Büttner (KV München); Sabine Yündem (KV Remscheid); Carlos Echegoyen (KV Bonn); Theda de Morais Dourado (KV Düsseldorf); Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Katrin Haus (KV Frankfurt); Marius Meyer (KV Cloppenburg); Laura Detering (KV Frankfurt); Yvonne Marchewitz (KV Hannover); Sven Ganter (KV Frankfurt); Oliver Groth (KV Regensburg-Stadt); Elisabeth Dorff (KV Rastatt/Baden-Baden); sowie 47 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.